

ANFRAGE Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 6. Dezember 2007	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	45. Plenarsitzung des Gemeinderates 11.12.2007 1221 9 öffentlich
Europäische Metropolregion Oberrhein		

1. Ist die Stadtverwaltung der Auffassung, dass die angestrebte Trinationale Europäische Metropolregion (TEM) einen Beitrag zur gleichgewichtigen Entwicklung der Städte, Regionen, Landkreise usw. innerhalb des Gesamtgebietes leisten soll?
2. Wird sich die Stadtverwaltung dafür einsetzen, dass der auf S. 2 der Vorlage angesprochene Paradigmenwechsel in der Regionalförderung nicht auf Kosten (schon) strukturschwacher Gebiete innerhalb der Oberrheinregion geht?
3. Wird von der Stadtverwaltung angestrebt in den Entwicklungsprozess der Trinationalen Metropolregion die Gewerkschaften und Sozialverbände einzubinden, wie es in Strategiepapieren der EU zur Europäischen Entwicklung vorgesehen ist?

Sachverhalt / Begründung:

Die auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union 2000 in Lissabon beschlossene und 2005 in reduzierter Form wieder belebte Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung ist das zentrale wirtschaftlich-soziale Projekt der EU. Als ihr Ziel wurde verkündet, die EU innerhalb des Jahrzehnts bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen.

Darin enthalten ist der in der Vorlage der Stadt angesprochene „Paradigmenwechsel weg vom reinen Strukturausgleich hin zu einer Politik der ‚Stärken stärken‘ und ‚Förderung von Wachstumsregionen‘.

Das im Grundgesetz mehrfach erwähnte Ziel der Wahrung, bzw. Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse wird aufgeweicht, die Spaltung in Arm und Reich, gebildet und ungebildet, Arbeitende und Langzeitarbeitslose, Teilhabende und Ausgeschlossene nimmt weiter zu. Dies als sozusagen wirtschaftlichen Kollateralschaden hinzunehmen, ist Teil der Philosophie der Lissabon-Strategie.

Eine Trinationale Europäische Metropolregion sollte aber dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse aller Bürger/innen in dieser Region verpflichtet bleiben.

unterzeichnet von:
Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -
7. Dezember 2007